

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Abonnementspreis für die Woche vom 20. bis 26. Okt. einschl. Bringerlohn beträgt 500 Mill. M., bei Selbstabholung 400 Mill. M. — Preis der Einzelnummer 120 Mill. M. — Telefon für Kontor u. Expedition: Nr. 22721 u. 24590. Telefon für die Inseraten-Abteilung Nr. 22721. **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 24598

Inseratenpreise: Die 10gespalt. Kolonellszeile 250 Mill. M., bei Plabovorschrift 300 Mill. M.; Familienzeile 125 Mill. M., bei Plabovorschrift 1200 Mill. M.; Inserate v. ausw.: b. 10gesp. Kolonellszeile 300 Mill. M., bei Plabovorschrift 350 Mill. M.; Reklamezeile 1500 Mill. M. Annahme bis 11. Vorm.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postämter entgegen.

Reichswehr für Sachsen anstatt Brot.

Hunderttausende von Arbeitslosen, Kurzarbeitern, bedürftigsten Kleinbürgern und Rentnern schreien nach Brot und die Antwort der Reichsregierung ist die Entsendung von Militär. Das Elend der arbeitslosen Weberbedürftigen im Erzgebirge ist riesengroß, und es scheint, als wenn sich die Tage aus den Weinweiberunruhen der 40er Jahre erneuern sollten. Gewehre statt Brot, das ist die vorläufige Antwort, die die Reichsregierung allem Anschein nach zu geben gedenkt.

In dreispaltigen fetten Lettern kündigt die bürgerliche Presse an, daß bereits Morgen oder noch im Laufe des heutigen Tages Reichswehr in Chemnitz und Plauen eintreffen soll. Das ist die Reichsregulativ gegen Sachsen und wenn das z. Bt. noch offiziell abgestritten wird, so wird die weitere Entwicklung dieses Schritts folgerichtig dahin führen. Der Generalleutnant Müller verbietet die Aktionsausschüsse der proletarischen Parteien, nahm der Landesregierung entgegen der Verfassung und entgegen dem Friedensvertrag das Verfügungsrecht über die Landespolizei und die dadurch in der Arbeiterklasse herbeigeführte Erregung soll nunmehr mit Bajonetten niedergehalten werden. Vor wenigen Tagen vermochte man noch anzunehmen, daß die Maßnahmen des Generals Müller lediglich die Ausgeburt eines militärischen Hirnes seien. Heute steht fest, daß der Reichswehrminister, der Reichszentraler und auch der Reichspräsident hinter den Maßnahmen Müllers stehen.

Wozu brauchen wir eine Rechtsdiktatur, wenn auf dem Wege des kalten Putzschusses alles durchgeföhrt wird, was im Sinne jedes Deutschnationalen gelegen ist. Man nehme die Blätter der Rechtsputzschiffen zur Hand. Dort hält einem jeden Leser frenetische Jubelgeschrei entgegen, da man nun endlich dazu übergeht, den verhassten Linksregierungen in Thüringen und Sachsen entsprechend die Zähne zu zeigen.

Dabei ist es freilich verständlich, wenn die „Fehlstellen“ in der Reichswehr durch schwarze Truppen aufgefüllt werden müßten. Was es damit auf sich hat, das hat die letzte Rede des sächsischen Ministerpräsidenten, des Genossen Zeigner, mit aller Deutlichkeit gezeigt, und wenn nicht alles täuscht, dürften die Verhandlungen gegen die Rüsttruppen-Putschisten, die in diesen Tagen in Kottbus in Szene gehen sollen, weiteres klassisches Material liefern. Das gesamte deutsche Volk hat zu fordern, daß diese Verhandlungen in breiter Öffentlichkeit geführt werden. Wenn man etwa, und das ist mit Bestimmtheit anzunehmen, dazu übergeht, die Öffentlichkeit in diesen Verhandlungen auszuschließen, dann beweist dies nur, daß etwas faul ist im Staate Dänemark.

Das Verbot der proletarischen Hunderschaften soll durchgeführt werden. Während man so der Arbeiterschaft und der Republik ihre eigentlichen Machtpositionen im Lande zerstört, werden Tausende von einstigen Zeitfreiwilligen und ganze Trupps aus den konterrevolutionären Geheimverbänden bei der Reichswehr eingekleidet, um entsprechende Reserven, entsprechende Stoßtruppen gegen die Arbeiterklasse zur Verfügung zu haben. Diese Vorgänge haben selbst in der legalen Reichswehr zu Mißstimmungen Anlaß gegeben. Man räumt der schwarzen Reichswehr Rechte ein, die den legalen Truppen bisher verweigert worden sind. Man geht soweit, daß man Kriegsschädigte, die zu 70 Prozent erwerbsunfähig sind, eingekleidet hat, nur eben weil sie ebendamit die offene Schwelende Wunde am Körper des Reiches zu legen. Während sich so der Haß des gesamten deutschen Bürgertums gegen die Linksregierung in Sachsen konzentriert, die jederzeit den Beweis geführt hat, daß sie keinerlei separatistische Neigungen hat, und die reiflos für die Einheit des Reiches eingetreten ist, geht Bayern offen zur Rebellion über. Was wird die Reichsregierung, der Reichszentraler und der Reichspräsident gegen die Rebellion der bayerischen Regierung unternehmen? Wird man auch gegen Bayern die Reichsregulativ unternehmen? Wird man alle die gegen

Sachsen verfügten Maßnahmen, an ohgegen Bayern anwenden, um den Bau des Reiches zusammenzuhalten?

General Lossow ist nunmehr endgültig abgesetzt worden. D. h. der Befehl zu seiner Beseitigung ist von Seiten des Reichswehrministeriums ergangen. Es fragt sich nur, ob Herr von Lossow auch gehen wird, nachdem das bayerische Kabinett eine offene Kampfanlage gegen die Reichsregierung richtete. Ueber die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Bayern und dem Reich, über die Abberufung v. Lossows, und die Vorgänge, die dazu führten, wird Folgendes mitgeteilt:

Die Abberufung von Lossows.

Bayern fordert den Rücktritt des Reichswehrministers. Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst meldet: Die Abberufung des Generals v. Lossow ist am Freitag durch den Reichswehrminister offiziell erfolgt. Trotzdem gab die Pressestelle der Reichsregierung zu diesem Entschlus des Reichswehrministers im Laufe des Freitag Mitteilungen aus, die in ihrer Form auf ein Dementi der gemeldeten Abberufung schließen ließen. Gegen diese Art der Presseinformation müßten wir uns mit aller Entschiedenheit wenden. Es ist ein Skandal, wenn eine amtliche Pressestelle ihre Aufgabe darin sieht, die Richtigkeit von Tatsachen zu verschleiern. Das ist im Falle Lossow geschehen.

Die bayerische Regierung hat nicht nur den Rücktritt des Reichswehrministers Gehler gefordert, sondern die Reichsregierung außerdem wissen lassen, daß sie in Zukunft jeden dienstlichen Verkehr mit dem Reichswehrminister ablehnt.

So muß es kommen!

v. Lossow — ein meulernder General.

Ueber die Vorgeschichte des Konflikts wird mitgeteilt: Unmittelbar nach Verhängung des militärischen Ausnahmezustands richtete das Münchner nationalsozialistische Organ, der Völkische Beobachter, scharfe Angriffe gegen den Chef der Heeresleitung, General von Lossow. Als der bayerische Generalkommissar Dr. v. Kahr das Erlauchen des Reichswehrministers, den Völkischen Beobachter zu verbieten, ablehnte, erfolgte das Verbot des Blattes durch den Reichswehrminister selbst. Trotzdem erschien das Blatt weiter. Nun erteilte General v. Seeckt dem General v. Lossow den Befehl, das Verbot auszuführen und nötigenfalls mit Gewalt durchzuführen. General v. Lossow lehnte in einem offenen Telegramm an General v. Seeckt die Ausführung dieses Befehls ab, der ihn in einen Konflikt mit der bayerischen Regierung bringe. Darauf eröffnete General v. Seeckt dem bayerischen Wehrtruppenkommandeur, daß er kein Vertrauen mehr habe und daraus die Konsequenzen ziehen müsse. Das tat v. Lossow nicht. Für die Reichsregierung war die Situation vollkommen klar: General v. Lossow war als ein meulernder General anzusehen, der auf seinem Posten nicht bleiben konnte. Mit Rücksicht auf die Gefahren der außenpolitischen Lage hat sich die Reichsregierung bemüht, einen Ausgleich herbeizuföhren. Der Reichswehrminister selbst hat den Versuch gemacht, durch den bayerischen General Kahr v. Kressenstein den General v. Lossow zur Einreichung seines Abschieds zu veranlassen. Die Mission v. Kressensteins scheiterte. Die Erledigung des Falls soll heute in der Weise erfolgen, daß der ungehorsame General offiziell entlassen wird.

Zu der Mitteilung der bayerischen Staatsregierung an die Reichsregierung, daß sie einen weiteren amtlichen Verkehr mit dem Reichswehrminister ablehne, bemerkte die Blätter: Die bayerische Regierung ist auf das genaueste orientiert über den Stand der außenpolitischen Dinge, der heute so ernst ist wie in keinem Zeitpunkt seit der Unterzeichnung des Versailles Vertrags. Wenn sie trotzdem gegenüber einer bis an die äußerste Grenze gehenden Nachgiebigkeit der Reichsregierung es zum offenen Bruch treibt, dann ist sie mit der vollen Verantwortung für das Kommende belastet. Für das Reich gibt es nur einen Weg: die Durchsetzung seiner Autorität wie in Sachsen, so in Bayern.

Ueber die gegenwärtige Stimmung in München liegt folgende Nachricht vor:

München, 19. Oktober.

Die politische Lage in Bayerns Hauptstadt wird beherrscht von der Abberufung des Generals von Lossow. Die Nachricht hat bei den Behörden große Erregung verursacht. Bemerkenswert ist die mit Bestimmtheit abgegebene Erklärung, daß die plötzliche Abberufung v. Lossows den Konflikt Bayerns mit dem Reich bedeuten würde. Denn weder die bayerische Regierung noch der Generalkommissar würden sich jemals einer solchen Forderung des Reiches beugen. Wenn also der Chef der Heeresleitung seinen Willen unbedingt durchsetzen wolle und könne, dann seien die Folgen für das Reich unübersehbar.

Die bayerische Regierung fordert also, daß der Rücktritt des Reichswehrministers Gehler unmittelbar vollzogen werde. Warum? Weil ein rebellierender General, der dem verfassungswidrigen Vorgehen v. Kahrs als Werkzeug diene, abgesetzt werden soll. Was forderte Genosse Zeigner bereits seit Wochen? Die Beseitigung Gehlers, weil er die Entwicklung vorhergesehen hatte, weil er auf Grund genauer Kenntnis des Aktenmaterials die Tatsachen vorher sagte, die sich nunmehr durch die Einkleidung der schwarzen Reichswehr bestätigten.

Vorm. 11 Uhr: 1 Dollar = 18100 Mill. M.

Amtlicher Kurs am Vortage: 12 Milliarden Mark.

haben. Die schwarze Reichswehr ist eine außerordentliche Gefahr für die Republik. Weil Dr. Zeigner diese Entwicklung zu verhindern strebte, daher die Angriffe des gesamten Bürgertums, daher das Vorgehen der Reichsregierung gegen Sachsen, daher die Einkleidung der Reichsregulativ gegen das proletarische regierte rote Sachsen.

Wenn ja, dann sind in dem Verhalten der Reichsregierung gegen Sachsen und gegen Bayern die Gegensätze bis zum Paroxysmus gesteigert worden, und jedem Arbeiter, jedem Sozialisten muß klar werden, wohin in Wirklichkeit die Reise geht. Man verfuhr auf dem Wege des trockenen Putzschusses die mittel-deutschen Machtpositionen der Arbeiterschaft zu beseitigen, ihre Aktionsfähigkeit lahmzulegen, um der Diktatur der besitzenden Klasse, des Schwerkapitals, jedes Hindernis aus dem Wege zu räumen. Der Reichstag wurde als Kontrollorgan bereits ausgeschaltet. Von da hat man nichts wesentliches mehr zu befürchten. Es bleiben die Arbeiterregierungen in Mitteldeutschland, die heute mehr denn je die Aufgabe haben, als Kontrollorgane der Reichsregierung zu fungieren. Das ist gerade in diesen Augenblicke besonders wichtig, weil, wenn nicht alles täuscht, sich erneut ein folgenschwerer Wandel in der Außenpolitik des Reiches zu vollziehen scheint. Der sächsische Landtagsabgeordnete der Volkspartei Kaiser hat die Situation sehr richtig gezeichnet, wenn er aus der Schule plaudernd, unter Hinweis auf die Vorgänge in der Reichswehr, „von den ersten Anfängen eines Wiedererwachens Deutschlands dem Feinde gegenüber“ sprach.

Daraus ist die kommende Gefahr in aller Größe zu erkennen. Daraus ergibt sich aber auch die Notwendigkeit, daß das Proletariat die Augen offen hat und Mann für Mann auf dem Posten steht. Der Dollar steht auf 18 Milliarden. Das bedeutet einen erneuten Absturz in das Chaos der Verelendung. Glaubt etwa die Reichsregierung, diese Probleme durch die Reichswehr, durch die Reichsregulativ meistern zu können? Der Schritt des sozialdemokratischen Parteivorstandes zur Aufhebung der militärischen Diktatur hat versagt. Jetzt gilt es für die Arbeiterschaft, die entsprechenden taktischen Schlüsse zu ziehen.

Die sächsische Arbeiterschaft forderte Brot. Soll die Reichsregulativ die alleinige Antwort der Reichsregierung sein?

Wozu Stinnes Geld hat.

Stinnes gehört zu den Hauptinherrn, die sich der Herbeiföhren geregelter Produktionsverhältnisse im Ruhrgebiet entgegenstemmen. Der Reichsregierung und auch den Befehlsgewaltigen erklärte er, daß die Industriellen keine flüssigen Kapitalien zur Verfügung hätten, um den kritischen 21. Oktober zu überwinden, an dem das Reich alle bisherigen Ruhrbeiträge einstellen will. Wenn die Industriellen sich weigern, an Stelle der bisherigen Reichssubventionen aus eigenen Mitteln die notwendigen Kapitalien zu beschaffen, um ihren Arbeitern den Lohn zu zahlen, dann muß das notwendigerweise zu einer außerordentlichen Verschärfung der Situation führen, und niemand ist imstande, vorherzusehen, wie sich die Dinge im Ruhrgebiet weiterhin entwickeln werden. Daß die Schwerindustrie des Ruhrgebietes tatsächlich überfließende Mittel zur Verfügung haben, zeigte u. a. der Konzentrationsprozeß im Verlaufe der letzten Monate. Gerade in dieser Zeit haben die Aufkäufe Stinnes' einen Riesenumfang angenommen. Der Konzentrationsprozeß ist noch nicht beendet, und gerade in dieser Zeit, wo den Industriellen angeblich alle Mittel mangeln, werden neue Aufkäufe gemeldet, über die der Sozialdemokratische Parlamentsdienst berichtet:

Seit längerer Zeit wurden die Aktien des Kohlenkonzerns Reinhold Becker aufgekauft. Die Aufkäufe sind von Kreisen vollzogen, die Hugo Stinnes sehr nahe stehen. Jetzt wird bekannt, daß der Uebergang der Becker-Betriebe, die im Bochumer Revier in der Nähe des zum Stinnes-Konzern gehörigen Bochumer Vereins gelegen sind, in die Stinnesgesellschaft kurz bevorsteht. Dieser Uebergang würde die völlige Einverleibung des Becker-Konzerns bedeuten, da die in der Nähe von Krefeld gelegenen Beckerischen Stahlwerke und -Höfen durch den neuesten Grubenaufkauf des Herrn Stinnes ihre Kohlenbasis verlieren.

Die entsprechenden Kapitalien sind also vorhanden, nur sollen sie im Interesse einer geregelten Lösung der Produktion erst dann Verwendung finden, wenn den Forderungen der Schwerindustrie hinsichtlich der Arbeitszeit und anderer Fragen entsprochen wurde.

Stinnes kann auch mit „Marxisten“, wenn es sein geschäftliches Interesse erfordert, sogar mit sehr radikalen Marxisten Geschäfte abschließen. Der Ost-Export hat aus Sowjetregierungs-freien bestätigt erhalten, daß der Stinnes-Konzern mit den Petersburger Konsumgenossenschaften „Pepo“ einen Lieferungsvertrag auf 40 000 Kubikmeter Papierholz nach Deutschland abgeschlossen habe. 20 000 Kubikmeter seien bereits geliefert, das Gesamtgeschäft belaufe sich auf 40 000 englische Pfund. Ferner habe er einen Vertrag auf Lieferung von Dämmen eingegangen. Dieses Geschäft finanzierte er in Dollar zu 30 Prozent des Gesamtwertes der Ware. Man kann sehen, daß Stinnes im kommunistischen Rußland geschäftlich anders kann, als politisch im Deutschland der großen Koalition.

Berpflchtungschein.

Ich, geboren am verpflichtet mich zu allen Dienstleistungen im Reichsheer auf Grund der für das Reichsheer gültigen Gesetze, Verordnungen und Bestimmungen mit folgenden Ueberungen:

1. Den vorgeordneten Dienststellen steht das Recht zu, mich ohne Angabe von Gründen jederzeit kstlos zu entlassen.
2. Befolgung erfolgt ohne Anrechnung früherer Dienstzeit und früher erworbenen Dienstgrades aus Befolungsgruppe I, 1.
3. Ein Anrecht auf eine meinen früheren Dienstgrad entsprechende Verwendung besteht nicht.

Leipzig, den 10. 1923.

Major und Bata.-Adeur.
II/3. R. 11.

Unterschrift des sich Berpflichtenden.

Die kinnesterte L. U. waagt es, den Genossen Zeigner in aller Offenheit als Reichschädling zu bezeichnen, nur weil er es wagte, den Finger in die offene Schwelende Wunde am Körper des Reiches zu legen. Während sich so der Haß des gesamten deutschen Bürgertums gegen die Linksregierung in Sachsen konzentriert, die jederzeit den Beweis geführt hat, daß sie keinerlei separatistische Neigungen hat, und die reiflos für die Einheit des Reiches eingetreten ist, geht Bayern offen zur Rebellion über. Was wird die Reichsregierung, der Reichszentraler und der Reichspräsident gegen die Rebellion der bayerischen Regierung unternehmen? Wird man auch gegen Bayern die Reichsregulativ unternehmen? Wird man alle die gegen